

LGBTI-Menschenrechtskonferenz in Serbien

Die Situation von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen (LGBTI) in Serbien bleibt problematisch, auch wenn in den letzten Monaten einige rechtliche Fortschritte festgestellt werden konnten. So hat die Regierung im Mai 2012 damit begonnen, zusammen mit der Zivilgesellschaft eine nationale Strategie gegen Diskriminierung zu erarbeiten. Auch LGBTI-Organisationen wurden in diesen Prozess eingebunden. Zugleich hat eine gesellschaftliche Debatte über Transsexuellenrechte begonnen. Dennoch ist das Risiko für LGBTI sehr hoch, Opfer antihomosexueller oder transphober Gewalttaten zu werden.

Immer wieder schüren einige Medien, rechtsradikale Politiker und Religionsvertreter die weit verbreitete Homophobie und Transphobie im Land, in deren Folge es zu Gewalttaten auf LGBTI-Aktivisten kommt. Dies stellte die EU-Kommission in einem Bericht¹ über den Beitrittskandidaten Serbien im Oktober 2012 fest. Zugleich kritisierte sie CSD-Verbote und forderte die serbischen Behörden auf, die Inklusion und Akzeptanz von LGBTI in der serbischen Gesellschaft endlich anzugehen.

Ein Bewusstsein für das Menschenrecht auf Leben der eigenen sexuellen Identität ist in weiten Teilen der serbischen Bevölkerung kaum vorhanden. So gibt es keine Partnerschaftsrechte für gleichgeschlechtliche Paare, Lesben und Schwule sind rechtlich nicht existent. Auch für Transsexuelle gibt es noch keine Möglichkeit der rechtlichen Anerkennung einer Geschlechtsumwandlung oder der Namensänderung. Der EU-Beitrittskandidat Serbien verfügt bereits über eine nationale Antidiskriminierungsstelle und über ein Antidiskriminierungsgesetz im zivil- und arbeitsrechtlichen Bereich, das die sexuelle Orientierung, nicht aber die Geschlechtsidentität mit berücksichtigt.

Serbien blickt nicht nur auf die EU, auch Russland übt noch immer einen großen Einfluss aus und gibt weiten Bevölkerungskreisen Orientierung. Die sich verschlechternde Menschenrechtslage und die sich ausbreitende Homophobie und Transphobie in Russland könnten sich in der Folge auch negativ auf Serbien auswirken. Serbische Extremisten und Nationalisten, die nach Russland schauen, fordern im Umgang mit sexuellen Minderheiten eine ähnliche Entwicklung. Die politischen Parteien beschränken sich zumeist auf eine rein verbale Unterstützung für LGBTI. Kommt es zu Themen wie CSD-Veranstaltungen und Versammlungsfreiheit oder gar Partnerschaftsgesetze, sind sie

¹ http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2012/package/sr_rapport_2012_de.pdf

zurückhaltend und verweisen auf die Sicherheitslage und die weit verbreitete Homosexuellenfeindlichkeit im Land, die eine solche Rechtsentwicklung noch nicht zuließen.

Umso größere Bedeutung messen unsere Belgrader Kolleginnen von Labris der EU bei. Sie begrüßen Projekte wie die gemeinsam durchgeführten Menschenrechtskonferenzen, die mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes in diesem und letzten Jahr in Belgrad stattfinden konnten.

Im letzten Jahr ging es bei der Konferenz „Die Zukunft gehört uns. LGBT-Rechte und der Weg in die EU“ darum, den Integrationsprozess als Vehikel für einen größeren Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität zu nutzen. Man verfügt in Serbien bereits über ein gutes rechtliches Gerüst, allerdings muss dieses von Akzeptanzmaßnahmen begleitet werden. Hier scheiterte der Staat in der Vergangenheit. In 2014 hatte kein Regierungspolitiker den Weg zur Konferenz gefunden. Allein der damalige Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses im serbischen Parlament, Meho Omerovic, zeigte Flagge und ging in seiner Rede auf die Bedeutung der Verhandlungen mit der EU ein. Serbien habe zwar einen Teil der Aufgaben erledigt, das Parlament habe den Plänen für eine EU-Vollmitgliedschaft mit allen menschenrechtspolitischen Implikationen zugestimmt, und vor zwei Jahren wurde auch ein Antidiskriminierungsgesetz verabschiedet, das die sexuelle Orientierung berücksichtigt. Dennoch gebe es riesige Probleme mit Gewalttaten und der Diskriminierung von Minderheiten, auch von LGBTI. Vorurteile seien stark in der Gesellschaft verankert.

Christoph Strässer, der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, betonte in seiner Gastrede, auch Deutschland sei noch nicht am Ende des Weges für vollen Schutz und gleiche Rechte von LGBTI angekommen und verwies auf die gesellschaftliche Situation von Regenbogenfamilien oder den mangelnden Schutz für intersexuelle Kinder. Jahrzehntlang habe man gebraucht, um dort anzukommen, wo man heute stehe. „Es geht beim Thema LGBTI-Rechte nicht um besondere Rechte, sondern um die Rechte, die jedem durch Geburt zustehen. Keine Tradition der Welt kann es rechtfertigen, dass die Rechte eines Menschen verletzt werden.“ Strässer versicherte, die Bundesregierung werde LGBTI-Organisationen auch künftig finanziell und politisch unterstützen.

Die diesjährige Konferenz unter dem Titel „Demokratie für alle: Politische Beteiligung von LGBTI auf dem westlichen Balkan“ verfolgte den Ansatz, Aktivist_innen in Kontakt zu bringen mit Politikerinnen und Gesetzgebern aus ihren Ländern. Sie diskutierten über Strategien zur Stärkung des Menschenrechtsschutzes und der demokratischen Teilhabe von LGBTI sowie über entsprechende gesetzgeberische Herausforderungen und Möglichkeiten in der Region. Konkrete Konferenzziele waren das Empowerment der Menschenrechtsaktivist_innen aus der Region sowie die Vernetzung von LGBTI-Organisationen mit anderen zivilgesellschaftlichen Kräften und Multiplikatoren aus der Mehrheitsgesellschaft, um langfristig Homophobie und Transphobie zu überwinden.

Rund 80 LGBT-Aktivist_innen und Parlamentarier_innen aus Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Albanien, Kosovo, Kroatien sowie Westeuropa und der Türkei kamen am 15. September 2015 zu einer Vorkonferenz im serbischen Parlament zusammen. Dies war der Auftakt

einer zweitägigen Konferenz, die die Hirschfeld-Eddy-Stiftung zusammen mit Labris und dem Gay and Lesbian Victory Institute sowie mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes durchführten.

Ljiljna Malusic, Mitglied im Ausschuss für Gleichberechtigung im serbischen Parlament, hob den Wandel und Fortschritt hervor, der für LGBTI in der Region mit Unterstützung einiger Regierungen erzielt werden konnte. So finden Sensibilisierungsmaßnahmen in staatlichen Behörden, Polizeipräsidien und anderen Institutionen statt, LGBTI-Fragen finden Eingang in Aktionspläne, und der serbische Staat sei bemüht, auch homophobe und transphobe Gewalt zurückzudrängen.

Jerry Buttimer, offen schwuler Abgeordneter der konservativen irischen Regierungspartei stellte in seinem Statement das Thema Sichtbarkeit von LGBTI in den Mittelpunkt. Der Arbeit von LGBTI-Organisationen als Impulsgeber und den Biografien von Prominenten komme eine zentrale Bedeutung im Kampf gegen Minderheitenfeindlichkeit zu. „Wir müssen unsere Geschichten erzählen. Ich bin mir meiner Rolle als schwuler Abgeordneter und meiner Stimme für die LGBTI-Community in Irland bewusst. Es ist mir eine Ehre und Pflicht, auch ins Ausland zu gehen und von meinen Erfahrungen zu berichten.“

Der irische Premierminister Kenny habe ähnlich wie Cameron oder Obama schnell erkannt, dass es bei dem Thema Ehe für gleichgeschlechtliche Paare um die Gleichheit aller Menschen gehe. Dazu brauche es Führungsstärke, Mut und Visionen. Buttimer sagte, er könne anderen Regierungschefs in Europa nur raten, es den anglophonen Kollegen gleichzutun. Irland habe einen langen und richtigen Weg zurückgelegt von der Entkriminalisierung homosexueller Handlungen in 1993, über die Einführung einer eingetragenen Partnerschaft in 2010 bis zum gemeinsamen Adoptionsrecht für homosexuelle Paare, der Einführung eines zeitgemäßen Transsexuellenrechtes und dem Referendum über die Eheöffnung in diesem Jahr. Es gebe weitere Baustellen: Als Lehrer in einer katholischen Schule wisse er, dass er jederzeit entlassen werden kann. Die Regierung habe angekündigt, bis zum Jahresende dies per Gesetz ändern zu wollen. Das Land habe den langsamen Wandel (incremental change) gewählt und dabei immer die Bevölkerung mitgenommen. Homophobe und transphobe Massenproteste konnten in Irland vermieden werden.

Der ehemalige FDP-Abgeordnete Michael Kauch gab zu Bedenken, dass Sichtbarkeit zwar wichtig und gut ist. Als offen homosexueller Abgeordneter, der zudem Vater wird, habe man sich aber auch zu wappnen gegen Anfeindungen aus der Gesellschaft. Zudem bemängelte er, dass es in Europa zwar viele Netzwerke gebe. Allerdings fehle es an einem LGBTI-Netzwerk in der Politik. Allianzenbildung und *straight allies* seien zwar sehr wichtig, doch habe er auch die Erfahrung gemacht, dass man eigene Dinge auch in die eigene Hand nehmen müsse. Zudem hob er die Bedeutung der Vielfalt und des diversity management auch für die Gesellschaft hervor, die sich fragen müsse, wie alle Talente zum Wohl der Gesellschaft eingebunden werden könnten.

Robert Benjamin vom National Democratic Institute stellte erste Ergebnisse einer Meinungsumfrage zu LGBTI vor, die im Juni 2015 in der Region westlicher Balkan durchgeführt wurde. Befragt wurden mehrere Tausend Bürger_innen, darunter auch per online-Befragung mehrere Hundert LGBTI. Gezielt

wurde die Bevölkerung zu verschiedenen Themen befragt, um deren Einstellungen zu LGBTI in Erfahrung zu bringen. Die Ergebnisse formulieren eine Roadmap für die kommenden Jahre, zeigen auf, welche Probleme Parlamente, Politik und NGOs gemeinsam angehen müssen. So erfahren LGBTI Diskriminierung in erster Linie im Beruf, durch die Polizei und beim Militär. Fast die Hälfte der Befragten sprach sich dafür aus, ein homosexuelles Kind „heilen“ zu wollen, 30 Prozent würden den Kontakt zu einem schwulen Freund abbrechen. Nur ein Viertel der befragten LGBTI erfahren Unterstützung durch die Familie, was wiederum ein Coming out fast unmöglich mache.

Nur ein Zehntel der Bevölkerung kenne LGBTI persönlich, diese seien also in der Region nicht sehr sichtbar. Andererseits aber baue der persönliche Kontakt zu LGBTI Vorurteile und Stereotypen ab. In Serbien habe eine Vergleichsstudie aus 2014 gezeigt, dass binnen eines Jahres sich die Zahl derer, die Kontakt zu LGBTI haben, auf rund eine Million verdoppelt hat, was eine relevante Reduzierung feindlicher Einstellungen zur Folge hatte. Je mehr Serbinnen und Serben LGBTI kennen, desto weniger homophob oder transphob ist die serbische Gesellschaft, Kontakte reduzieren also Konflikte. Ein weiteres Ergebnis: Setzt sich eine Regierungspartei für LGBTI-Belange ein, so hat das keinen Stimmenverlust bei kommenden Wahlen zur Folge. Das Thema habe für die Wähler_innen keine Priorität. Fragen der Bekämpfung von Korruption oder Armut komme bei Wahlen wirkliche Bedeutung.

Am folgenden Tag wurde die Konferenz in einem Belgrader Hotel mit geladenen Vertreterinnen und Vertretern von LGBTI-Organisationen und Verbündeten aus der Politik und zivilgesellschaftlicher Multiplikatoren aus der Region fortgesetzt. Die 160 Teilnehmenden diskutieren über Wege zu mehr politischer Berücksichtigung der Belange von LGBTI sowie Vorteile der Nichtdiskriminierung, Bedeutung zivilgesellschaftlicher Allianzenbildung, Strategien zum Abbau von Vorurteilen, rechtliche Maßnahmen zum Abbau von Diskriminierung und Aufbau gleichberechtigter Teilhabe.

Zum Auftakt wies der deutsche Botschafter in Belgrad, Axel Dittmann, darauf hin, dass sich die rechtliche Situation für LGBTI im Land sehr gebessert habe. Konferenzen zur Selbstorganisation hätten besonders dort ihre Bedeutung, wo der rechtliche Fortschritt sich in der gesellschaftlichen Realität niederschlagen würde. Deshalb fördere das Auswärtige Amt die Veranstaltung finanziell. Der Botschafter werde auch am diesjährigen Belgrad Pride teilnehmen, weil LGBTI die Solidarität der ganzen Gesellschaft verdienen.

Liljana Popovska, grüne Abgeordnete aus Mazedonien, beeindruckte durch ihren unerschrockenen Kampfegeist in der sachlichen Auseinandersetzung mit Korruption und Autoritarismus in ihrer Heimat: Manchmal könne im Schatten politischer Krisen selbst in ihrem Land erfolgreich für Menschenrechte argumentiert werden. Dazu bedürfe es aber eines gezielten taktischen Vorgehens und etwas Glück bei der Wahl des politischen Augenblicks. LGBTI müssten den Dialog mit ihren Gegner_innen kenntnisreich und selbstbewusst suchen, riet sie den Anwesenden.

Der Praxisaustausch zwischen den anwesenden Parlamentarier_innen machte deutlich, dass es eine allgemeingültige Strategie für mehr Sichtbarkeit nicht gibt. Vielmehr müssen alle denkbaren Wege



genutzt werden, um Verbündete zu finden und Vorbehalte zu überwinden. Dazu kann der gute Kontakt zu aufgeschlossenen Medien ebenso beitragen, wie die Unterstützung durch Prominente der heterosexuellen Mehrheitsgesellschaft, aus Wissenschaft, Kunst und Kultur.

Fazit: In Westeuropa hat sich die Akzeptanz LGBTI nicht über Nacht, sondern in mühevoller Arbeit ergeben. Dabei sind neben juristischer Expertise auch pädagogische Ansätze gefragt, die schon in der Schule das Verständnis für Vielfalt stärken. Denn Diskriminierung ist kein Kavaliersdelikt, sondern Gift für das friedliche Zusammenleben in einer Gesellschaft. Und: Die Frage, wie mit LGBTI in einer Gesellschaft umgegangen wird, ist immer ein Lackmustest für den Freiheits- und Reifegrad eines Gemeinwesens. Es versteht sich von selbst, dass es in der Frage der Achtung der Menschenrechte keine Hierarchisierungen geben darf, dass der eine nicht mehr Menschenrechte oder größeren Schutz genießt als der andere.

Autor

Klaus Jetz ist Geschäftsführer des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland (LSVD) und der Hirschfeld-Eddy-Stiftung, der Menschenrechtsstiftung des LSVD.

Kontakt: klaus.jetz@lsvd.de

Weitere Informationen unter: www.lsvd.de sowie www.hirschfeld-eddy-stiftung.de

Redaktion:

BBE Europa-Nachrichten – Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundenetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 4

europa-bbe(at)b-b-e.de

www.b-b-e.de